

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/34(neu)

Ministerium für Justiz,
Kultur und Europa
des Landes Schleswig-Holstein



Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Präsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie
- Landeshaus -
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Kiel, 1. August 2012

Protokoll der 59. EMK vom 02. Juli 2012 in Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

gem. § 9 Abs. 4 des Parlamentsinformationsgesetzes Schleswig-Holstein übersende ich beigefügt das Protokoll der 59. EMK vom 02. Juli 2012 in Berlin.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Anlage: 1

Protokoll der 59. Europaministerkonferenz

am 02. Juli 2012 in Berlin

Anlage:

- Teilnehmerliste -

TOP 1: Begrüßung / Vorstellung Schwerpunkte BB-Vorsitz

BE: BB

Der Vorsitzende, Min Christoffers (BB), begrüßte die anwesenden Gäste und Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wobei er insbesondere die neuen bzw. stellv. EMK-Mitglieder StS Pegel (MV), Min'in Dr. Breier (HE), Min'in Spoorendonk (SH) und StS'in Kuhn-Theiss (SL) willkommen hieß. Dem vorhergehenden Vorsitzland BE dankte der Vorsitzende für die erfolgreiche Amtszeit und gab seinem Wunsch Ausdruck für eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit den EMK-Kolleginnen und -kollegen.

Der Vorsitzende stellte die Schwerpunktsetzungen für die Zeit des brandenburgischen EMK-Vorsitzes vom 01. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 vor. Hiernach werde sich BB dafür einsetzen, die Positionen der Länder im nationalen und europäischen Diskussionsprozess in fünf thematischen Bereichen prioritär einzubringen: bei der Kohäsionspolitik und den Verhandlungen zum Mehrjähriger Finanzrahmen, bei den Umsetzungsmaßnahmen zur Stärkung des globalen Wettbewerbs, bei der Stärkung des europäischen Bewusstseins der Zivilgesellschaft zur Überwindung der Akzeptanzkrise der EU, bei energiepolitischen Fragen und schließlich bei Fragen der Subsidiarität mittels Evaluierung des Subsidiaritätsrügeverfahrens.

TOP 2: Aktuelle europapolitische Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung

Gast: Michael Georg Link, Staatsminister im Auswärtigen Amt

StM Link (AA) wünschte dem Vorsitzenden im Namen der Bundesregierung alles Gute und viel Erfolg für seine Vorsitzzeit. Er wies auf den verantwortungsvollen Umgang von BB mit schwierigen Situationen wie bspw. der Anwendung der Schengenregelungen im Zusammenhang mit der Grenzkriminalität hin. StM Link dankte StS'in Dunger-Löper für ihr Engagement während der zurückliegenden Vorsitzzeit. Er hob das Interesse der Bundesregierung an einer Erhöhung der Frequenzen des Austauschs mit den Ländern hervor.

Hinsichtlich der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erkannte StM Link an, dass der Abschluss der Verhandlungen Ende 2012 für die Länder sehr wichtig sei. Aus Sicht der Bundesregierung setze dies jedoch die Erfüllung entsprechender Bedingungen auf europäischer Ebene voraus. StM Link wies auf die in der Verhandlungsbox fehlenden Übergangsregelungen für die vom statistischen Effekt betroffenen Phasing-Out-Regionen wie bspw. Leipzig hin. Er bekräftigte die Forderung der Bundesregierung nach einer Kürzung des MFR um 100 Mrd. Euro. StM Link betonte, dass sich das AA in den Verhandlungen bis zur letzten Nacht für die Realisierung dieser Forderung in dem Bewusstsein der Relevanz für die Länder einsetzen werde. Zudem bot er an, mit den Ländern zur Frage des MFR vertieft ins Gespräch zu kommen.

Darüber hinaus verwies StM Link unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012 in Brüssel darauf, dass Euro- bzw. Schuldentilgungsbonds keine geeigneten Mittel zur

Bekämpfung der Krise seien. Das neu zu schaffende Instrument einer europäischen Bankenaufsicht sei ein hinreichendes Mittel, an das dann eine mögliche Bankenrekapitalisierung anknüpfen könne. StM Link dankte im Namen der Bundesregierung den Ländern für ihre Zustimmung zum Fiskalpakt. Damit sei ein wichtiges Signal für die Integration gesetzt worden. Er führte weiter aus, dass aus seiner Sicht nur ein Dreiklang von Schuldenabbau, Wachstumsförderung und ESM zielführend sei. Der zu erwartenden Entscheidung des BVerfG sehe die Bundesregierung relativ gelassen entgegen; sie sei davon überzeugt, dass ihre Rechtsauffassung dem Grundgesetz entspreche. StM Link erwarte in Abhängigkeit der Besuche der Troika in Griechenland, Zypern und Spanien eine Sondersitzung des Bundestages für Ende Juli.

In Hinblick auf die zyprische EU-Ratspräsidentschaft betonte StM Link, Zypern sei auf fachlicher Ebene für die Vorsitzzeit sehr gut vorbereitet. Allerdings stehe Zypern angesichts seines Antrags auf Einbindung in den ESM-Rettungsschirm unter verschärfter Beobachtung.

StM Link begrüßte die Ergebnisse des ER zum Thema Europäisches Patentgericht: Die zentrale Kammer werde in Paris lokalisiert sein, die Lokalkammern in München (u.a. Maschinenbau) und London.

Den vom ER verabschiedeten „Länderspezifischen Empfehlungen“ messe die Bundesregierung sehr hohe Bedeutung bei. Sie habe die Bundesressorts aufgefordert Handlungsbedarf zu ermitteln. Dabei sollten auch die Bundesländer und Kommunen in ihren Bereichen Verantwortung übernehmen.

StM Link begrüßte auch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zum 29.06.2012 und stellte dabei u.a. heraus, dass zum ersten Mal mit den komplexeren Kapiteln (u.a. Justiz und Inneres) begonnen werden solle.

Min'in Schwall-Düren (NW) machte deutlich, dass im Falle von Kürzungen beim MFR diese nicht zu Lasten der Kohäsionspolitik gehen dürften, die in einem hohen Maße die erforderlichen Wachstumsimpulse setze. Sie fragte nach, ob vor der Bewilligung von ESM-Mitteln die europäische Bankenaufsicht etabliert sein solle. Ferner fragte sie, inwiefern bei der Diskussion über eine Banken- und Fiskalunion und damit über eine verstärkte EU-Integration der Aspekt der demokratischen Legitimation sowie verfassungsrechtliche Fragen beachtet würden.

StS Schneider (ST) begrüßte die Verabschiedung des ESM und Fiskalpakts im Bundesrat, wodurch auch die regionale Ebene ein wichtiges Signal gegeben habe. Vor dem Hintergrund des zu beachtenden Zustimmungsrechts des EP stellte er die Frage, ob der Rat in Hinblick auf den MFR bereits parallele Verhandlungen mit dem EP führe.

Bevollmächtigte Kuhn-Theis (SL) wies darauf hin, dass die Modernisierung des Beihilferechts als Instrument für den Wettbewerb vorangebracht werden müsse. Sie stellte des Weiteren dar, dass sie die Notwendigkeit einer europäischen Energienetzentwicklung für eine zukunftsfähige Energiepolitik sehe. Mit Blick auf Frankreich forderte sie eine Stärkung der Sicherheit der Atomkraftwerke.

Min'in Spoorendonk (SH) erkundigte sich, ob die Eckpunkte der zukünftigen Strukturpolitik mit dem EP abgestimmt würden und wie die Bundesregierung damit umginge. Sie fragte zudem, inwiefern die Ausgestaltung der Interreg-Programme für die nächste Periode schon vorläge und wo und auf welcher Basis Kürzungen vorgenommen würden.

StM Link erwiderte, dass die Bundesregierung an der Spitze der Befürworter für eine EU-Vertiefung stünde und die EU effizientere Strukturen benötige. In einer inoffiziellen Reflexionsgruppe, die von AM Westerwelle gegründet worden sei, würden u.a. Fragen zur EU-Vertiefung diskutiert. Wichtig sei es in dieser Phase, eher kritische EU-Länder zu überzeugen.

Zum Thema Bankenunion bestätigte StM Link, dass zunächst eine zentrale Bankenaufsicht zu schaffen sei, was nur einstimmig erfolgen könne. Erst dann könne eine Rekapitalisierung der Banken

durchgeführt werden. Es sei aber keine Bankenunion im Sinne einer europäischen Einlagensicherung geplant.

Hinsichtlich des MFR gebe es keine Volumensgarantie für einzelne Bereiche, teilte StM Link mit.

Er gehe davon aus, dass das EP ohne neue Eigenmittelquelle dem MFR nicht zustimmen werde. Die Bundesregierung lehne allerdings z.B. die Einführung einer europäischen MwSt ab. Auch die Finanztransaktionssteuer könne nicht als eine neue Eigenmittelquelle herangezogen werden, da deren Einführung lediglich von derzeit 9 Staaten geplant sei. Diese Steuer solle eher zur Entlastung der nationalstaatlichen Haushalte genutzt werden.

Das Thema Atompolitik habe StM Link bei seinem Treffen mit dem frz. Europaminister Léonetti angesprochen. Er bat die Länder ggf. um konkrete Beispiele im Zusammenhang mit Atomkraftwerken in Nachbarländern.

Die Antwort zur Modernisierung des Beihilferechts wolle StM Link schriftlich nachreichen.

StS'in Dunger-Löper (BE) stellte im Hinblick auf die weiter zu präzisierenden Mitwirkungsrechte des Bundesrates (vor dem Hintergrund der BVerfG-Entscheidung vom 19. Juni 2012) das weitere Verfahren wie folgt dar: Die 6er-AG wolle sich während der Sommerpause treffen und eine überarbeitete Fassung des EUZBLG vorbereiten.

StM Link unterstützte ausdrücklich die Auffassung der Länder und sah es aus seiner Sicht als nachvollziehbar an, dass sich die Unterrichtsrechte des Bundesrates an denen des Bundestages orientieren müssten. Es müsse sich im weiteren parlamentarischen Verfahren ein Konsens herausbilden. Das Urteil des BVerfG setze ein klares Signal in diese Richtung.

TOP 3: Vorstellung der Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns

Gast: S.E. Botschafter Minas A. Hadjimichael

Der zyprische Botschafter, S.E. Hadjimichael, stellte die wesentlichen Schwerpunkte der zyprischen Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2012 in den Gesamtzusammenhang der aktuellen Herausforderungen der EU und hob folgende vier Prioritätsbereiche hervor:

1. Europa effizienter und nachhaltiger gestalten

Die Verhandlungen zum MFR sollten möglichst bis zum Ende 2012 zum Abschluss geführt werden mit dem Ziel, einen fairen und wirksamen EU-Haushalt zu erarbeiten und Wachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern. In dieser Hinsicht werde der Vorsitz versuchen, den größtmöglichen Fortschritt in den Verhandlungen über den rechtlichen Rahmen der EU-Politiken, wie die Gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik, Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationspolitik (Horizont 2020) zu erreichen. Dabei stellte der Botschafter die Themen europäische Energiepolitik, Transeuropäische Netze für Verkehr, Telekommunikation und Energie und Fazilität „Connecting Europe“ besonders heraus. Diese seien für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch die Verbesserung von Infrastruktur und Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung.

Es sei ebenfalls wichtig, die EU-Klima-, Energie- und Umweltpolitik in integrierter Form umzusetzen.

2. Europa: Eine bessere und wachstumsbasierte Wirtschaft

Hier solle im neuen erweiterten Rahmen der „Economic Governance“ eine Haushaltsüberwachung erfolgen, um finanzpolitische Stabilität zu gewährleisten, und zugleich die Umsetzung der Europastrategie 2020 voran zu bringen. Der Rechtsrahmen für Finanzdienstleistungen werde durch die Umsetzung von Maßnahmen für eine größere Transparenz des Marktes, den Schutz der Konsumenten und Investoren und durch effektives Management von Finanzkrisen gestärkt.

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des europäischen Binnenmarktes wolle die zyprische Ratspräsidentschaft neue Impulse für dessen weitere Entwicklung setzen, z.B. durch KMU-Förderung oder Förderung eines effektiven digitalen Binnenmarktes.

3. Die Bedeutung Europas für seine Bürger steigern – durch Solidarität und sozialen Zusammenhalt
Schwerpunkte insofern seien: Bürgernahes Europa; Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Jugendlichen angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit; Errichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems bis Ende 2012; Akzente im Hinblick auf das Europäische Jahr 2012 des aktiven Alterns und der Generationengerechtigkeit; Einbeziehung der Sozialpartner, NROs und lokalen Behörden bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020; neuer Rechtsrahmen für den Schutz personenbezogener Daten.

4. Europa in der Welt, näher an der Seite seiner Nachbarn

Als Schwerpunkt der zyprischen Ratspräsidentschaft nannte der Botschafter die Stärkung der „südlichen Dimension“, d.h. die Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Staaten rings um das Mittelmeer. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des „arabischen Frühlings“ sei das Ziel, in enger Zusammenarbeit mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, ein EU-Konzept für die Entwicklung der Beziehungen zu den Staaten des Mittleren Ostens und der arabischen Welt zu formulieren.

Zu dem gesonderten Thema Erweiterung stellte der Botschafter Folgendes heraus:

Auf Basis des von der Europäischen Kommission für den Herbst 2012 angekündigten Erweiterungspakets zur Aufnahme Islands, Kroatiens, Montenegros, Serbiens, Mazedoniens, Albanien und der Türkei setze sich die Ratspräsidentschaft das Ziel, einen Konsens über den Erlass von entsprechenden Schlussfolgerungen zu erzielen und dabei die Meinung aller Mitgliedstaaten zu reflektieren.

Im Hinblick auf die Türkei unterstütze die zyprische Ratspräsidentschaft nachdrücklich die Berufung der Türkei als Beitrittskandidat, vorausgesetzt die Türkei respektiere bzw. erfülle alle ihre Verpflichtungen gegenüber der EU. Die zyprische Ratspräsidentschaft bedauere allerdings zutiefst, dass es bisher keinerlei Fortschritte im Hinblick auf das Verhalten der Türkei bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zur Republik Zypern bzw. bei der Anerkennung der Republik Zypern gebe. Das Verhalten der Türkei solle aber nicht die Ausübung der zyprischen Ratspräsidentschaft beeinflussen. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission werde Zypern die Beitrittsverhandlungen und die mögliche Aufnahme von weiteren Verhandlungskapiteln weiterhin objektiv überprüfen.

StS Schneider (ST) fragte, ob Zypern im Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien vermitteln wolle und wie der Botschafter das Verhältnis zwischen den Auflagen durch den ESM und der Erfüllung der EU-Ratsvorsitzverpflichtungen bewerte.

StS Pegel (MV) erkundigte sich danach, ob die Meerespolitik im Fokus der zyprischen Präsidentschaft stehe.

S.E. Botschafter Minas Hadjimichael (CY) stellte heraus, dass die Türkei die zyprische Ratspräsidentschaft boykottiere und Zypern sowie internationale, in Zypern ansässige Unternehmen bedrohe. Zypern habe vor Kurzem vor der Insel Gas gefunden, woraufhin die Türkei bewaffnete Schiffe in zyprischem Gewässer postiert habe. Hinsichtlich der Griechenland-Mazedonien-Problematik erklärte er, dass Zypern kein Land zu Zugeständnissen drängen werde.

Der Botschafter ergänzte, dass die Aufnahme Zyperns in den ESM erfolgt sei, weil der Bankensektor infolge der negativen Spill-over-Effekte aus Griechenland habe stabilisiert werden müssen. Die Wirtschaft Zyperns stehe im EU-Durchschnitt relativ gut dar: Die Gesamtverschuldung betrage 72%

des BIP, das Haushaltsdefizit liege aktuell bei 3,4%. Bis zum Ende des Jahres wolle Zypern das Defizit auf 3% senken.

Der Botschafter wies darauf hin, dass die Meerespolitik für die Wirtschaft ausgesprochen wichtig sei und einen Teil der strategischen Politik Zyperns ausmache.

TOP 4: Verschiedenes

- **Benennungsverfahren für die Mandatsperiode 2012-2016 der regionalen Vertreter des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)**

BE: BB

Der Vorsitzende wies auf die von BE (in dessen Funktion als vorheriges EMK-Vorsitzland) an die Länder übermittelte Aufforderung hin, die landesinternen Benennungsverfahren für die deutsche Delegation des KGRE einzuleiten. Er appellierte an die Vertreter der Länder, die Benennungsfrist (06. August 2012) ggb. BB als amtierendem Vorsitz einzuhalten.

- **Zwischenstand Zukunft des Programms für Lebenslanges Lernen – Erasmus für alle (2012 – 2020)**

BE: BE

StS'in Dunger-Löper (BE) teilte mit, dass die Überprüfung einer Wiederaufnahme der Beratungen im Bundesrat ergeben habe, diese unter Verweis auf die laufenden Beratungen des EP erst wieder im Herbst 2012 aufzugreifen. Bis dahin sei eine fundierte inhaltliche Prüfung möglich. Ein Gespräch mit MdEP Pack (Vorsitzende des CULT-Ausschusses des EP) am 20.06.2012 habe zudem ergeben, dass sie infolge des berechtigten Interesses der Länder einen Änderungsantrag hinsichtlich der expliziten Nennung der Zielgruppe der Dienstkräfte und Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter in den Entwurf des ESF-VO (Art. 3 Interventionsbereich) einbringen wolle.

- **Europe Direct Informationszentren**

BE: HH, NW

Herr Petschke (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland) würdigte auch im Namen von Kommissarin Reding die Rolle der Europe Direct Informationszentren und insbesondere der dahinter stehenden Träger. Die Europäische Kommission habe in ihrer Vertretung in Berlin u.a. eine Veranstaltung mit Kommissar Oettinger durchgeführt, um dieses Anliegen zu unterstützen. Im Hinblick auf die kürzlich veröffentlichte Ausschreibung zur Einreichung von Vorschlägen für die Ausgestaltung von Europe Direct Informationszentren teilte Herr Petschke mit, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel in Höhe von 25.000 € zwar nicht gekürzt, aber auch nicht - wie von der EMK gemäß Umlaufbeschluss vom Februar 2012 gefordert - erhöht worden seien. In der neuen Ausschreibung sei zudem die Laufzeit mit dem Ziel einer besseren Kontinuität von 4 auf 5 Jahre erhöht worden. Eine höhere Finanzausstattung hätte die Anzahl der Europe Direct Informationszentren von derzeit 55 Einrichtungen in Deutschland reduziert. Zudem sei ein Wegfall des Kofinanzierungszwanges erfolgt, was zu mehr Flexibilität bei der Frage der Selbstbeteiligung der Träger führe. Schließlich verwies Herr Petschke auf die erfolgte Revision der Module, wonach das Modul 1 (Basisbürgerberatung) eine geringere finanzielle Beteiligung der Personalkosten vorsehe, aber insgesamt von 12.000 € auf 14.000€ erhöht worden sei.

Staatsrat Schmidt (HH) betonte, dass der in der Sitzung von den Berichterstattern vorgelegte Entwurf eines Umlaufbeschlusses zu den Europe Direct Informationszentren einem strukturell effektiveren Umgang auf Brüsseler Ebene dienen solle. Er stellte am Beispiel von HH dar, dass derzeit 75% der Gesamtkosten durch HH finanziert würden, was insgesamt auch im Hinblick auf andere Bundesländer

gerade vor dem Hintergrund der einzuhaltenden Schuldenbremse problematisch sei. Staatsrat Schmidt sprach sich für ein neues Pilotprogramm aus, wonach den Europe Direct Informationszentren zunächst für den Zeitraum von 2013 bis 2017 kurzfristig jährlich bis zu 12.000 € zur Förderung des Europagedankens auf lokaler und regionaler Ebene zur Verfügung stünden.

Min'in Schwall-Düren (NW) hob die besondere Notwendigkeit der Kommunikation in Krisenzeiten hervor, in deren Rahmen eine niederschwellige, bürgernahe Kommunikation gemäß dem Leitgedanken „Europa, das sind wir“ erforderlich sei.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden verständigte sich die EMK darauf, dass der anliegende Entwurf des Folgebeschlusses auf der Sitzung der Arbeitsgruppe der UAG Kommunikation am 19. Juli 2012 in Potsdam erörtert und dort über das weitere Verfahren entschieden werden soll.

- **Termine**

Der Vorsitzende informierte über die folgenden anstehenden Termine:

- 19. Juli 2012: Arbeitsgruppe der UAG Kommunikation in Potsdam
- 12./13. September 2012: Auftakt-StAG (Ständige Arbeitsgruppe EMK) in Potsdam
- 6./ 7. November 2012 EMK in Potsdam
- voraussichtlich März 2013: EMK in Brüssel.